

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika

Der souveräne Sieg des christlich-demokratischen Kandidaten Eduardo Frei Montalba über den Volksfrontkandidaten Salvador Allende bei den Präsidentschaftswahlen im September 1964 in Chile (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 407) und der geradezu spektakuläre Sieg der Christlich-Demokratischen Partei Chiles bei den Parlamentswahlen im März 1965 (82 von insgesamt 147 Sitzen gegenüber 23 während der vorausgegangenen Legislaturperiode) hat nicht nur in Lateinamerika neuen Optimismus geweckt, sondern auch in ungewöhnlichem Maße das Interesse in Europa geweckt. Zum erstenmal war es einer der christlich-demokratischen Parteien, deren Ansehen zwar unter der Führung Freis ständig gewachsen war, die aber rein zahlenmäßig nie über großen politischen Einfluß verfügt hatte, gelungen, zur staatstragenden Partei des Landes aufzurücken. Es ist gegenwärtig schwer abzusehen, welche Auswirkungen direkter und indirekter Art die Entwicklung in Chile auf andere lateinamerikanische Länder haben wird. Aber das Ansehen der christlich-demokratischen Bewegung ist durch den Sieg in Chile zweifellos in ganz Lateinamerika gewachsen. Der Sieg Freis wurde gewissermaßen als exemplarischer Anfang einer vielversprechenden Entwicklung gesehen, die vielleicht zur sukzessiven Stärkung demokratischer Kräfte und eines breiteren demokratischen Bewußtseins der Massen jenseits diktatorischer oder kommunistischer Gefahren führen könnte.

Ein Sieg der „dritten Position“

Das wachsende Ansehen der christlich-demokratischen Bewegung — auch wenn sie in manchen Ländern, wie z. B. in Argentinien, in letzter Zeit Rückschläge erlitten hat, in manchen Ländern in ihrer Tätigkeit durch die politischen Verhältnisse gehemmt ist, wie z. B. in Brasilien seit der Machtergreifung durch die Militärs unter Castelo Branco, und in anderen Ländern wiederum politisch und organisatorisch erst in den Anfängen steckt — hat zweifellos sehr verschiedene und einander widersprechende Ursachen. Unter ihnen ist sicher nicht die geringste die akute kommunistische Gefahr für den lateinamerikanischen Subkontinent, die auch manche Kreise des konservativen Bürgertums sich mit einer demokratischen, wenn auch radikal sozialreformerischen Partei leichter abfinden läßt als mit einem kommunistischen Umsturz.

Aber es wäre einseitig, würde man den Aufstieg der christlich-demokratischen Parteien nur unter diesem gewissermaßen negativen Aspekt sehen. Als eigentliche Ursache muß das politische Vakuum genannt werden, das Verwaltungskorruption und politische Führungsschwäche einerseits und die immer noch wachsenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten andererseits geschaffen haben und das die traditionellen Parteien und politischen Bewegungen nicht auszufüllen vermögen. Besonders zu erwähnen ist das politische Versagen neuerer sozial fortschrittlicher Bewegungen, die sich (wie etwa der Peronismus in Argentinien) früher oder später alle durch Demagogie oder Diktatur vom demokratischen Weg abbringen ließen. Dieses politische Vakuum einer-

seits und die kommunistische Gefahr andererseits ermöglichen das allmähliche Vordringen einer „dritten Position“, die zwar Diktatur und Kommunismus ablehnt, aber mit einem festumrissenen Programm und mit neuen Männern mit politisch sauberer Vergangenheit und unbestrittener demokratischer Gesinnung einen radikaleren sozialreformerischen Kurs mit leichter nationalistischer Tendenz (womit in erster Linie das Verhältnis zu den USA gemeint ist) einschlägt. Diese dritte Position zu vertreten ist das Ziel der christlich-demokratischen Parteien.

Die DC in den einzelnen Ländern

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die christlich-demokratische Bewegung in jedem Land des Subkontinents durch eine Partei (Partido Demócrata Cristiano) vertreten: in Argentinien (Vorsitzender J. A. Allende), Bolivien (R. D. Natale), Brasilien (A. Franco und J. Tavora), Columbien (A. Rivera), Costa Rica (L. Barahona), Chile (E. Frei), El Salvador (A. Rodríguez Port), Guatemala (R. de León), Panamá (A. Navarro), Perú (H. Cornejo Chávez), Uruguay (J. Pérez del Castillo). In Cuba hat die christlich-demokratische Bewegung seit 1962 jede legale Tätigkeit einstellen müssen. In Ekuador ist sie durch die Christlich-Soziale Bewegung (C. Ponce Enríquez) vertreten; in Mexico (C. Ibarrola) durch den „Partido de Acción Nacional“; in Nicaragua (E. Rivas Casteo-zoro) ebenfalls durch die Christlich-Soziale Partei; in Paraguay durch die Christlich-Sozialdemokratische Bewegung; in Puerto Rico (J. Feliú Pesquera) durch die „Acción Cristiana“; in der Dominikanischen Republik durch die Christlich-Soziale Revolutionspartei (A. Rosario); in Venezuela durch die Christlich-Soziale Bewegung (COPEI) unter der Führung von R. Caldera — zugleich nach der Christlich-Demokratischen Partei Chiles und der gleichnamigen Partei Perús die gegenwärtig einflußreichste christlich-demokratische Bewegung Lateinamerikas. Alle diese Parteien sind Mitglied des „Christlich-Demokratischen Bundes Lateinamerikas“ mit Thomas Reyes Vicuña als Generalsekretär. Das gemeinsame Grundsatzzprogramm wurde auf den beiden Kongressen des Bundes 1947 und 1949 in Montevideo festgelegt. Auf den späteren Kongressen von Santiago de Chile (1955), São Paulo (1957), Lima (1959) und Caracas (1962) wurden die hauptsächlich wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen Lateinamerikas behandelt, Eigentum, Agrarreform, Bildungswesen, zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf dem Subkontinent debattiert und in das gemeinsame Programm aufgenommen.

Das politische Profil der Bewegung

Trotz der Tatsache, daß die lateinamerikanischen christlich-demokratischen Parteien wie ihre europäischen Schwesterparteien erst in den Nachkriegsjahren als formierte politische Bewegung in Erscheinung traten und in ihren geistigen Ursprüngen auf europäisches Erbe zurückgehen, unterschieden sie sich doch weitgehend von ihnen auf Grund der andersgearteten politischen Struktur des Subkontinents und auf Grund der andersgearteten geschichtlichen und ideologischen Zusammenhänge, in denen die Bewegung groß geworden ist. Nach der Auf-

fassung ihrer Vertreter handelt es sich bei den europäischen Schwesterparteien viel stärker um pragmatische Unternehmungen, denen zwar das unleugbare Hauptverdienst am Wiederaufbau in Europa nach dem Krieg zukomme, die sich aber doch in erster Linie als antikommunistische Kraft ausgewiesen haben, während es sich nach ihrer Darstellung bei den lateinamerikanischen christlich-demokratischen Parteien um eine Bewegung handelt, die zwar in ihrem Wesen und in all den in ihr vertretenen — oft gegensätzlichen — Strömungen als demokratische Partei antikommunistisch orientiert ist, aber in der Überwindung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise des Subkontinents ihre erste positive Aufgabe sieht und in diesem Rahmen beschränkt und von Fall zu Fall auch zu einem „Dialog“ mit den Kommunisten bereit ist, was sich auch daraus erklärt, daß der Gegner der von der DC angestrebten Struktur-reformen zunächst in der konservativen und liberalen Bürgerschaft zu suchen ist.

Noch weniger als die europäischen Schwesterparteien verstehen sich die christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas als Weltanschauungsparteien im traditionellen Sinne oder gar als konfessionelle politische Gruppen. Sie verstehen sich weder als katholische Partei noch als Partei der Katholiken. Die katholische Laienelite — hervorgegangen hauptsächlich aus den Bewegungen der Katholischen Aktion — hat einen bedeutenden Anteil an der Gründung, an der ideologischen Basis, am Grundsatzprogramm und an der Führung dieser Parteien. Aber das Christliche bedeutet weniger Bindung an die Kirche und Übernahme der rein religiösen Werte des Christentums als vielmehr der in ihm verwurzelten ethischen Grundhaltungen und Leitlinien der Sozialmoral, weshalb gerade die beiden Sozialenzykliken *Mater et magistra* und *Pacem in terris* entscheidenden Einfluß ausübten. So stark z. B. der Einfluß bestimmter katholischer Sozial- und Forschungsinstitute auf die Formulierung und Ausrichtung des Programms ist, so soll doch die Bewegung als Massenpartei allen weltanschaulichen Richtungen offenstehen. Dies mag erklären, daß einer der größten lateinamerikanischen Parteitheoretiker, Jaime Castillo, Atheist ist.

Das Programm

Zu den Grundprinzipien der Partei gehören: die Anerkennung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten (in deutlicher Abhebung gegenüber jedem Totalitarismus); die Verwirklichung des Gemeinwohls als des Ziels des politischen Lebens; die Reform der Sozialstrukturen der Gesellschaft und ihrer Institutionen nach diesen Grundsätzen; die Herausstellung der Notwendigkeit der Intervention und Kontrolle des Staates im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich; die Anerkennung des pluralistischen Charakters der modernen Gesellschaft auf der Basis der demokratischen Grundfreiheiten, der sozialen Gerechtigkeit und der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mitbestimmung der Massen im Aufbau des Staatswesens; Entflechtung einer zur Korruption und Verkarstung neigenden Bürokratie und — als Voraussetzung dazu — Dezentralisierung und Regionalisierung der Staatsgewalt in allen Bereichen (Comunidad Democrístanica, Buenos Aires, Nr. 12, 1963). Einen der Kernpunkte des politischen Programms bilden die Vorstellungen zur Entwicklungspolitik, die freilich nach den Gegebenheiten eines jeden Landes variiert werden. Schwerpunkt des entwicklungspolitischen Programms ist

die Eigentums- und Agrarpolitik der Partei (stärkere soziale Bindung und Einschränkung des Privateigentums durch gesetzgeberische Maßnahmen bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der privatwirtschaftlichen Ordnung, Förderung einer Agrarreform, mit der zugleich eine Strukturreform der Gesamtwirtschaft verbunden werden soll), Überwindung der Vorherrschaft des ausländischen (nordamerikanischen) Kapitals auf dem Kontinent durch staatliche Beteiligung oder Nationalisierung ausländischer (nordamerikanischer) Kapitalgesellschaften („Chilenisierung“ der Kupferproduktion im Programm Freis).

Lateinamerikanische Integration

Daraus ergeben sich auch die wichtigsten außenpolitischen Leitlinien, soweit sie mit den erstrebten wirtschaftlichen Struktur-reformen zusammenhängen: weitmögliche Unabhängigkeit gegenüber den USA, Entflechtung der Handelsbeziehungen und Eroberung neuer Märkte im europäischen und im afro-asiatischen Raum (deswegen vermehrte politische und wirtschaftliche Kontakte mit den EWG-Ländern), Blockfreiheit, lateinamerikanische Integration.

Letztere nimmt im außenpolitischen Programm ohne Zweifel eine Vorrangstellung ein, die von Präsident Frei bei verschiedenen Anlässen immer wieder herausgestellt wurde, auch wenn diese Integrationspolitik für die DC Lateinamerikas auf ganz bestimmten Voraussetzungen beruht, die besonders in der Erklärung des Kongresses von São Paulo 1957 festgelegt wurden: 1. im wirtschaftlichen Bereich: Gemeinsame Schutzmaßnahmen für die Rohstoffe, gemeinsame Preispolitik; eine breitere Industrialisierung der eigenen Rohstoffe; einheitliches steuer- und finanzpolitisches Vorgehen gegenüber den ausländischen Kapitalien, gemeinsame Agrarreform; stufenweise Verwirklichung eines gemeinsamen lateinamerikanischen Marktes; 2. im sozialen und kulturellen Bereich: Kampf gegen das Analphabetentum, Demokratisierung des Unterrichts und Steigerung der Bildungschancen für alle Bevölkerungsschichten, gemeinsame Förderung der Berufsbildung und der Heranbildung technischer Eliten; Kampf gegen Unterernährung und Krankheit; 3. im politischen Bereich: Kampf gegen die Diktaturen, Bildung eines lateinamerikanischen Parlaments, Vertrag über eine stufenweise Beschränkung der Verteidigungs- bzw. Militärausgaben der lateinamerikanischen Länder.

Im Juli 1965 hat Präsident Frei als weitere Schritte gefordert: bilaterale Abkommen zu weitgehenden Umgestaltungen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika (besonders mit den EWG-Ländern), Abstimmung und Planung einer gemeinsamen Investitionspolitik zwischen den lateinamerikanischen Ländern und gemeinsame Regelung der notwendigen Garantien für die ausländischen Investitionen.

Zwei Tendenzen

Innerhalb der DC Lateinamerikas sind zwei voneinander deutlich unterscheidbare Strömungen feststellbar: eine mehr konservative, die oft noch die leitenden Kader der Partei bildet, und eine stärker linksorientierte Richtung, die im Kern von der Jugend der Partei getragen wird. Die konservative Strömung, die man als doktrinäre Fraktion der Partei kennzeichnen kann, hat einen traditionellen, fast aristokratischen Ursprung. Sie war in fast allen Ländern der anfängliche Träger der Bewegung, als diese sich noch keineswegs so entschieden zur heutigen

Ausrichtung als Massenpartei mit radikalem sozialpolitischem Programm durchgerungen hatte. Die Träger dieser Richtung stammen noch aus den wohlhabenden bürgerlichen Bildungsschichten, oft sogar aus Kreisen der Industrie und des Großgrundbesitzes. Diese Herkunft der ursprünglichen Führungskader und das Engagement mit der Kirche, das die Partei am Anfang suchte, hatte eine starke Verbreitung der Bewegung in dem christlich-konservativen Bürgertum zur Folge, gleichzeitig aber eine Entfremdung der DC von den Volksmassen.

Diese Richtung wird aber heute zusehends von der jüngeren Führungsgeneration in den Hintergrund gedrängt. Das trifft z. B. für Argentinien zu, wo der eigentliche Gründer der CDP, Manuel Ordóñez, zusammen mit seiner Fraktion sich allmählich von der Partei losgelöst hat und in scharfe Opposition gegenüber der gegenwärtigen, vom linken Flügel getragenen Parteiführung (unter H. Suceldo und S. Busaca) getreten ist und diese als prokommunistisch verdächtigt („Comunidad Democristiana“, Nr. 14, 1964).

Spannung zwischen konservativ und progressiv

In manchen Ländern steht der konservative Flügel noch an der Spitze der Partei, was zu einem Teil die schwache Entwicklung und den geringen Einfluß dieser Parteien außerhalb der kleinen aristokratischen und bürgerlichen Schichten erklärt. Die CDP Ekuadors vertrat unter der Leitung des ehemaligen Staatspräsidenten Camillo Ponce Enríquez fast ausschließlich die konservative Tendenz. Die Weigerung, einen stärker sozialreformerischen Kurs einzuschlagen, führte zur Trennung des jungen Flügels, der, wenn er auch die außerordentliche Begabung des Parteivorsitzenden anerkannte, die Kompromißpolitik Ponces mit den privilegierten Schichten des Bürgertums und den konservativen Parteien ablehnte. Einen ähnlichen Evolutionsprozeß machte die Bewegung in den letzten Jahren in Uruguay durch, dem Land mit der ältesten „christlich-demokratischen“ Partei Lateinamerikas. Die 1912 gegründete Katholische Partei „Union Cívica“ wurde 1962 unter dem Einfluß junger akademischer Führungskräfte in die CDP Uruguays umbenannt.

Anfang 1965 trennte sich die rechtsgerichtete Fraktion unter der Leitung des Abgeordneten V. Flores von der Partei und bildete den „Movimiento Cívico Cristiano“. Pablo Terra, ein junger Politiker und Herausgeber der Zeitschrift „Política“, der sich im Jahre 1960 von der Partei wegen ihrer konservativen Tendenz getrennt hatte, kehrte in diese zurück und leitet seither die jungdemokratische Fraktion, die durch eine entschlossene reformerische Ausrichtung in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gekennzeichnet ist und dementsprechend ein Gegengewicht zu der konservativen Tendenz der Parteileitung unter ihrem Vorsitzenden Pérez de Castillo bildet, der seinerseits um eine Integrierung der gegensätzlichen Gruppen bemüht ist.

Die DC Perús zeigt ebenfalls zwei Tendenzen: die linksorientierte, von Cornejo Chávez geleitete Fraktion und die konservativ-liberale des ehemaligen Präsidenten J. Correa Elías. Hier sind die Gegensätze besonders hart. Nicht umsonst wurde die Partei — im Jahre 1945 — in Arequipa, der Stadt des rebellischen Südens, gegründet, die die Geburtsstadt aller peruanischen Revolutionen war. Ein großer Prozentsatz der christlichen Demokraten stammt aus Arequipa. Das gilt als Symbol für die fortschrittlich-revolutionäre Stimmung in der Partei. Nach

dem Mißerfolg von 1962 kam der Exdiplomate, Rechtsanwalt und gemäßigte Politiker Elías an die Spitze der Partei. Damit wurde der radikale Flügel vorübergehend ausgeschaltet, bis 1965 wiederum der linke Flügel unter Chávez die Führung zurückeroberte. Obwohl von konservativen Kreisen als demagogisch und opportunistisch bezeichnet, verfügt diese radikale Gruppe doch über einen gut ausgebildeten Stab von Fachleuten. Unter Führung von Correa Elías trat die Partei 1963 in die Koalitionsregierung Belaunde ein, den sie bei den Wahlen unterstützt hatte. Sie stellt im gegenwärtigen Kabinett drei Minister, darunter den Landwirtschaftsminister Silva Ruete, einen der führenden Köpfe der Agrarreform. Seit der Rückkehr von Chávez in die Parteileitung ist das Verhältnis zu Belaunde gespannter geworden. Die linke Führung der DC wirft ihm Kompromißbereitschaft gegenüber den Machtkliquen im eigenen Lande und gegenüber den ausländischen Wirtschaftsinteressen vor, vor allem weil Belaunde sein Wahlversprechen, die amerikanische International Petroleum Co. zu verstaatlichen, nicht erfüllt hatte.

Generationengegensätze

In den wenigen Ländern, wo die DC über eine feste Organisation verfügt (Perú, Chile, Venezuela, Argentinien), kann man überall den gleichen Prozeß feststellen: Die konservative Strömung, zu der die Gründerschicht gehört und der die ersten Schritte zu verdanken sind, tritt — erzwungenermaßen — mehr und mehr in den Hintergrund und wird von einer radikaleren, sozialreformerischen, etwas nationalistisch gefärbten jungen Strömung abgelöst. In ihrem Schoß entsteht so eine von der Jugend der Partei getragene Strömung, die man etwa wie in Argentinien als die „Christliche Linke“ bezeichnen kann und die folgende Merkmale aufweist: radikale Orientierung in der Agrar- und Nationalisierungspolitik; Annäherungsbestrebungen mit anderen politischen Massenbewegungen, wie z. B. mit dem Peronismus in Argentinien, aber Ablehnung jeder Koalition mit den Kommunisten. Sie sucht ihre Stütze vor allem bei den Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen, so z. B. die DC Perús bei den christlichen Gewerkschaften zur Durchsetzung der Agrarreform.

Die linke Strömung macht sich auch in Chile bemerkbar, wo sie nicht wenig zum ersten Wahlsieg Freis beigetragen hat. Nach den verhältnismäßig bescheidenen Erfolgen Freis nach dem ersten Regierungsjahr, in dem er noch von der konservativ-liberalen Mehrheit im Parlament blockiert war, stellte der linke Flügel auf dem Parteitag 1965 als Gegenkandidat gegen den amtlichen Kandidaten der Partei, Aylwin, seinen Führer Jerez auf, der schärfere Maßnahmen gegen die Opposition, die das Reformprogramm Freis verhinderte, forderte. Und nur mit 220 gegen 208 Stimmen konnte sich der amtliche Kandidat durchsetzen.

Aber auch hier handelt es sich wie in allen bisher aufgezählten Fällen um Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen, die ihre ursprüngliche politische Heimat noch in den konservativen bürgerlichen Parteien hatten, den Gruppen, die wesentlich am Aufbau der Partei beteiligt waren, und der nachdrängenden jungen Generation, die der Bewegung immer stärker das Gepräge gibt und auf die sich die Hoffnungen für die Zukunft der Partei als einer selbständigen politischen Bewegung richten. Es handelt sich also in erster Linie nicht um sachliche Gegen-

sätze, sondern um ein Generationenproblem auf dem Hintergrund der lateinamerikanischen Wirklichkeit der ständigen politischen Unruhe und des Umbruchs. Dies mag, von Europa aus gesehen, wo die christlich-demokratischen Parteien mehr und mehr zu Bewahren des Erreichten geworden sind und ihren kämpferischen Zug verloren haben, als ein Zeichen für mangelnde Einheit oder Beständigkeit gewertet werden, erklärt sich aber aus der speziellen Situation der Partei in einem ganz andersgearteten politischen und sozialen Gefüge.

Ausbildung von Führungskräften

Ein entscheidend wichtiges Merkmal der DC Lateinamerikas, das sie sowohl von den traditionellen Parteien als auch von den neueren, sozial fortschrittlichen Bewegungen unterscheidet, ist, daß es sich bei ihr zwar um eine echte Volksbewegung — die „Promoción Popular“ ist einer der ersten Programmpunkte Freis — und um keine bloße Elitepartei, aber zugleich um eine auf programmatischen Prinzipien ruhende Partei handelt, in der das Programm (die „Sache“) dem Führer vorgeht und die deshalb jeden „Caudillismus“ ablehnt. Die bisherige Politik Lateinamerikas war aber fast durchwegs, wenn auch mehr oder weniger bewußt, nach dem „Führerprinzip“ strukturiert. Diese Tatsache, die bloße Begeisterung politisch wenig eigenständiger Massen für einen Führer (Caudillo), erklärt die Unbeständigkeit der Parteien, ihren plötzlichen Glanz und Niedergang und die rasche Entstehung neuer Bewegungen, wenn sich ein die Massen faszinierender Führer fand. Programm und Planung waren Fragen zweiten Ranges. Demagogie und politischer Umsturz gehörten deswegen zur Tagesordnung.

Gerade auf Grund ihres klaren politischen Programms hat die christlich-demokratische Bewegung in manchen Ländern rasch an Prestige (wenn auch nicht unbedingt an Stimmen) gewonnen. Die Lösung der komplizierten Entwicklungsfragen Lateinamerikas ist nur möglich auf Grund einer Analyse der Wirklichkeit und einer entsprechenden Planung. Planung setzt aber ein Programm voraus und zu seiner Erstellung, Erprobung und Durchführung wissenschaftliche und technische Fachkräfte.

Aus der Notwendigkeit solcher Fachkräfte für die Aktion der Partei und aus der Überzeugung, daß Politik gelernt sein will und nicht nur eine Angelegenheit von Demagogen ist, gründete die DC in Lateinamerika verschiedene wissenschaftliche Forschungsinstitute für Sozial- und Wirtschaftsfragen. So entstand das IFEDEC in Venezuela für die Ausbildung von politischen Führungskräften für die DC in ganz Lateinamerika, das „Istituto Luigi Sturzo“ und das „Istituto de Estudios Sindicales“ für die Ausbildung von Gewerkschaftsführern. Oft arbeitet die DC mit privaten Instituten zusammen, wie mit der DESSAL, mit dem „Instituto de Educación Rural“ oder mit dem CEPOC (Zentrale für Entwicklungsplanung in Chile). Dank dieser Bildungsinstitutionen für politische und gewerkschaftliche Kaderkräfte stehen der Partei bereits heute fachlich geschulte Kräfte für ihre politische Aktion zur Verfügung. Präsident Frei, der selbst jahrelang in enger Verbindung mit dem CEPAL (Ökonomischer Rat für Lateinamerika) stand, sowie die COPEI in Venezuela und die DC in Perú verfügen über ein Team von Fachkräften, die Analyse und Planung wissenschaftlich vorbereiten und die notwendigen wirtschaftlichen Daten erarbeiten. Zu den bedeutendsten Ergebnissen

dieser Institutionen, gehören die Projekte für die Agrarreform, die von der DC in Perú und jüngst in Argentinien dem Parlament vorgelegt wurden (Comunidad Democristiana, Nr. 14, 1965).

Das Beispiel Chile

Nach dem Wahlsieg Freis wird für die Zukunft der DC Lateinamerikas viel davon abhängen, wieweit es der Partei unter der Führung Freis in Chile gelingt, ihr Programm gewissermaßen unter Beweis zu stellen, die im Wahlkampf verlangten Reformen in einer „Revolution in Freiheit“ durchzuführen, das heißt die notwendigen Strukturreformen, die die soziale und wirtschaftliche Landschaft des Kontinents radikal verändern sollen, ohne Zurückweichen von der Opposition von links und von rechts und ohne Tribut an demagogische Methoden, die immer wieder die besten Kräfte zu Fall gebracht haben, zu verwirklichen. Frei ist heute durch seine Stellung als Staatspräsident und Repräsentant eines Landes, das an der Spitze eines gärenden Kontinents marschiert, von selbst zum „natürlichen“ Sprecher der gesamten Bewegung geworden und mit seinen Erfolgen oder Mißerfolgen dürfte deshalb auch der weitere Aufstieg oder Niedergang der christlich-demokratischen Parteien in den anderen lateinamerikanischen Ländern verflochten sein. Die Erfolge Freis waren aber nach seinem Regierungsantritt kaum spektakulär. Solange er in der Abgeordnetenkammer nicht über die absolute Mehrheit verfügte, blieb sein Reformprogramm von links und rechts gleichermaßen blockiert. Von daher die Ungeduld der Parteijugend und die Forderung nach radikalerem Vorgehen gegenüber der Opposition, eine Versuchung, der der Präsident offenbar standzuhalten vermochte. Die Schwierigkeiten im Senat bleiben auch noch nach den Wahlen, da die DC dort nur über 11 von 45 Sitzen verfügt.

Die ersten Reformen

Erst ein Jahr nach der Regierungsübernahme gelang es Frei, das erste, freilich entscheidende Reformgesetz durchzubringen: die „Chilenisierung“ des Kupferbergbaus. Das neue Gesetz sieht die Assoziierung des chilenischen Staates mit den amerikanischen Kupfergesellschaften bei einer Steigerung der Kapitalbeteiligung des chilenischen Staates auf 51% (gegenüber 25% wie bisher) vor, bei gleichzeitiger Verdoppelung der Produktion und einer Erhöhung der Investitionen um 400 Millionen Dollar. Damit erhofft sich die Regierung die Freisetzung weiterer Kapitalien für die Weiterführung ihres Reformprogramms (Ausbau der Sozialversicherung, landwirtschaftlicher Siedlungsbau im Zuge der Agrarreform, Ausbau des fortbildenden Schulwesens, Förderung des Volkswohnbaus usw.) (vgl. „Política y Espíritu“, Nr. 282, 1965). Im November wurde das neue Gesetz für die Agrarreform dem Parlament vorgelegt. Danach können Grundstücke mit über 80 ha bewässertem Land verstaatlicht und an die Siedler verteilt werden. Für die Verwirklichung dieser Maßnahmen werden spezielle Gerichtshöfe geschaffen. Die Bauern sollen das Land innerhalb von 30 Jahren nach dem inflationären Trend angepaßten Mindestquoten bezahlen. — Gleichzeitig mit der Agrarreform wurde dem Parlament ein Entwurf zur Reform der Staatsverfassung vorgelegt. Die entscheidendste der vorgesehenen Verfassungsänderungen bezieht sich auf den Gebrauch des Terminus „Privateigentum“ in der Verfassung, der stärker auf die soziale Rolle des Eigentums

festgelegt wird. Die zweite wichtige Bestimmung ist die Einführung eines plebiszitären Elements, da durch die Verfassungsreform der Regierung im Fall des Konflikts mit dem Parlament der Weg zur Volksabstimmung freigegeben werden soll. Damit will Frei offenbar die Schwierigkeiten während seines ersten Regierungsjahres vermeiden.

Die Rolle der Kirche

Bei der neuesten Entwicklung der Lage der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika kann man die Frage stellen, inwieweit die katholische Kirche zum Sieg der DC beigetragen hat. Der Antiklerikalismus „positivistischer“ Herkunft war und ist noch heute — besonders bei den mittleren Schichten — ein Kennzeichen des öffentlichen Lebens in Lateinamerika. Durch verschiedene Faktoren und Umstände war der lateinamerikanische Katholizismus der Entfaltung und Modernisierung der Gesellschaft nicht gewachsen. Bis in die fünfziger Jahre galt die Kirche als ausgeprägter konservativer Faktor des öffentlichen Lebens. Der große, unleugbare Einfluß der Kirche auf die Politik wirkte sich für das Bewußtsein weiter Kreise der Öffentlichkeit immer zugunsten der konservativen, oberen und mittleren Schichten aus. Die Bindung der Kirche an diese Kreise, z. B. in ihrer Erziehungs- und Kulturpolitik, ist dafür ein Beweis, auch wenn sie durch die finanziellen und politisch-sozialen Verhältnisse im laizistischen Staat gewissermaßen dazu gezwungen wurde. Auf jeden Fall hat diese traditionsgebundene Haltung der Kirche die Bildung einer sozialfortschrittlichen christlichen Bewegung nicht gefördert. So konnte man unter diesen Umständen eine rasche, solide Entwicklung der DC nicht erwarten.

Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Umbruch der veralteten Sozialstrukturen in Lateinamerika auf Grund des wachsenden Bewußtseins der Völker und auf Grund der sozialen Revolutionen beginnt das „aggiornamento“ der Kirche. Dennoch blieb sie bis zum Ende der fünfziger Jahre in manchen Ländern mit den verschiedenen Militärdiktaturen politisch verflochten, auch wenn sie manche sozial fortschrittliche Diktaturen gerade deswegen unterstützte, weil sie eine Sozialreform im Geiste der päpstlichen Enzykliken anstrebten, wie es in den ersten Regierungsjahren Peróns der Fall war. Was aber das Verhältnis Kirche—Staat in Lateinamerika kennzeichnet, war die wechselseitige Praxis, sich auf den anderen zu stützen. Die politischen Parteien bzw. die Regierungen suchten die bedingungslose Unterstützung der Kirche. Diese suchte ihrerseits eine Festigung ihrer Position und die Sicherung der Mindestbedingungen — nicht zuletzt im Finanziellen — für die Weiterführung ihrer Aufgaben. Gegenseitiges Engagement führte aber zur gegenseitigen Unterwerfung; für die Kirche zu einer gefährlichen Identifizierung und zu einem bedenklichen Kompromiß mit einer politischen Richtung und infolgedessen zum Prestigeverlust.

Im großen und ganzen kann man aber eine gründliche Änderung der Haltung der katholischen Kirche nach dem Zerfall der Militärdiktaturen seit dem Ende der fünfziger Jahre feststellen und damit auch eine grundlegende Änderung der Haltung der Kirche gegenüber den Parteien. Die Haltung der DC selbst gegenüber der Kirche war und ist je nach dem Land sehr unterschiedlich. Wo aber die DC eine bedeutende Rolle im politischen Leben spielte,

gerade dort verhielt sich die Kirche ihr gegenüber parteipolitisch neutral, wie in Chile, Perú und Venezuela. Diese Haltung ist Teilergebnis einer Änderung des Bewußtseins der Kirche über ihre Position in der modernen Welt. Seitens der christlich-demokratischen Parteien wurde die Ablehnung jeder Einmischung der Kirche in die Politik sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. In einem Interview mit Marcel Niedergang, Lateinamerika-Korrespondent von „Le Monde“ betonte Präsident Frei ausdrücklich die Notwendigkeit einer Trennung von Kirche und Staat in rein politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten (vgl. „Le Monde“, 10. 7. 65). Auch wenn der sozialfortschrittliche Kardinal Enríquez von Santiago, zu den engeren Freunden Frei zählt, auch wenn die chilenische DC eine technische Stütze im Sozialinstitut der Jesuiten in Santiago findet, wird jede Einmischung der Kirche im staatspolitischen Bereich abgelehnt.

Parteilpolitische Neutralität

Die Tendenz mancher christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas unter konservativer Führung, sich die Unterstützung der Kirche zu sichern, beweist nur eine Verkennung des tiefeingewurzelten Antiklerikalismus der Lateinamerikaner. Die „klerikale“ Tendenz findet man in denjenigen Ländern — wie noch vor kurzem in Ekuador und teilweise in Uruguay —, wo die Kirche mindestens im öffentlichen Bewußtsein für eine konservative, an privilegierte Schichten gebundene Institution gehalten wird. Marcel Niedergang nennt die erstaunliche Gegenwartsnähe der chilenischen Kirche und ihre sozialreformerische Einstellung als die Hauptursache des Sieges der dortigen DC. Frei hat dies auch ausdrücklich anerkannt: „Diese neue Haltung der Kirche ist ein entscheidendes Element. Für den Sieg der ‚friedlichen Revolution‘ ist eine Einmischung der Kirche in die Politik, eine Vermischung des Religiösen und Temporären unbedingt zu vermeiden. Wenn die Kirche aber, als größte erzieherische Kraft, auf der Seite der Armen steht und zu einer sozialen Reform beiträgt, ist sie ohne Zweifel ein entscheidender Faktor...“ („Le Monde“, 10. 5. 65). Sehr für diese Haltung der Kirche spricht eine Tatsache aus der Hochschulpolitik: Die letzte chilenische Universität, an der die christlich-demokratischen Studenten die Mehrheit erlangten, war gerade die katholische Universität von Santiago. In Venezuela haben die christlich-demokratischen Universitätsverbände die Universitätswahlen an allen staatlichen Universitäten gewonnen. Nur an der katholischen Universität Caracas verloren sie. Die neue Haltung der Kirche in Lateinamerika gegenüber der Politik bzw. gegenüber den politischen Parteien ist nicht in erster Linie Auswirkung äußerer Faktoren, sondern vielmehr eines in ihr selbst stärker werdenden Bewußtseins der Kirche von ihrer Verantwortung und Aufgabe in der modernen Welt. Das neutrale Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen, oft antiklerikalen Parteien — z. B. zur Partei Frondizis in Argentinien, zu den Konservativen und Liberalen in Chile, zu den Apristen und Konservativen in Perú — sowie ihre positiv-neutrale Stellung gegenüber den christlich-demokratischen Parteien deutet auf den Beginn eines gesünderen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in Lateinamerika. Das Beispiel Chiles und der Aufstieg der Christlichen Demokratie ist für ganz Lateinamerika ausschlaggebend geworden: weil sie als Beweis dafür genommen werden,

daß die soziale Revolution in Freiheit verwirklicht werden kann und nicht unbedingt an die marxistische Ideologie und totalitäre Herrschaft gebunden ist. Chile, und damit die Christliche Demokratie, steht heutzutage an der Spitze einer neuen Form der „Revolution“, die Lateinamerika nach demokratischen Prinzipien aus der Unterentwicklung und den ungerechten sozialen Verhältnissen herausführen kann.

Die wachsende Tendenz der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas, sich von den bürgerlich-konservativen Schichten zu trennen und sich an die breiten Massen zu wenden, läßt eine günstige Zukunft für die DC erwarten.

Die Rassenfrage in der Südafrikanischen Republik

Im November 1965 hielt der südafrikanische Botschafter in Großbritannien, Carel de Vet, eine vielbeachtete Rede vor der Royal Commonwealth Society, in der er kategorisch feststellte, die südafrikanische Politik der Apartheid sei eine christliche Politik, die auch von den schwarzen Völkern Afrikas begrüßt werde. Die Rassenpolitik der Regierung sei mit ein Grund für den Ausbau der wirtschaftlichen und industriellen Vormachtstellung Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent und damit auch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Neger Südafrikas gewesen. Nach Botschafter de Vet hat sich die Kaufkraft des schwarzen Bevölkerungsteils in den letzten zehn Jahren verfünffacht. Ein wesentlicher Indikator dieser wachsenden wirtschaftlichen Prosperität der farbigen Bevölkerung sei die Tatsache, daß es rund eine Million ausländische schwarze Arbeitskräfte vorzögen, nicht in ihre angestammten Heimatländer zurückzukehren, sondern sich in der Südafrikanischen Republik ihre Existenz aufzubauen („South African Digest“, 12. 11. 65).

Keine „christliche“ Apartheid

Diese Rede von Botschafter de Vet gibt zweifellos die Meinung der südafrikanischen Regierung in Sachen Apartheid getreulich wieder. Aber selbst wenn man die im einzelnen schwer nachprüfbareren Angaben über den wachsenden Lebensstandard der schwarzen Bevölkerung Südafrikas und den Hinweis auf die Million ausländischer Arbeitskräfte in Südafrika gelten läßt, wird man darin noch kaum einen Grund für die Rechtfertigung der Apartheid als einer „christlichen“ Politik zu sehen vermögen. Auch der Botschafter konnte trotz seiner Feststellung wohl nicht ganz über die Tatsache hinwegsehen, daß außer den drei kalvinistischen Kirchen Südafrikas (der Niederduitse Gereformeerde Kerk, der Nederduitsch Hervormde Kerk und der Gereformeerde Kerk van Suid-Afrika), denen allerdings ca. 80 % der burischen Bevölkerung angehören, bisher keine christliche Kirche diese Rassenpolitik, soweit es sich dabei um eine ethische und nicht rein politische Frage handelt, gebilligt oder gar zu rechtfertigen gesucht hat. Sowohl die anderen nichtkatholischen Kirchen (die Anglikanische Kirche der Provinz Südafrika, die Presbyterianische Kirche des Südlichen Afrika, die Methodistische Kirche, die Kongregationalistische Union von Südafrika, die Evangelisch-Lutherische Kirche und die Baptisten-Union) wie auch die katholische Hierarchie des Landes haben die Rassengesetzgebung, die man unter dem

Begriff „Apartheid“ zusammenzufassen pflegt, in mehreren Erklärungen verurteilt oder zum mindesten starke Vorbehalte dazu geäußert.

Gegnerschaft der Kirchen

Die Anglikanische Kirche der Provinz Südafrika hatte bereits auf ihrer Regionalsynode 1950 erklärt: „Die Synode ist überzeugt, daß Diskriminierung auf Grund der Hautfarbe unvereinbar ist mit den Grundsätzen der christlichen Religion. Sie glaubt, daß das Ergebnis der gegenwärtigen Gesetzgebung eine rücksichtslose Trennung der Bevölkerung in soziale Klassen mit ungleichen Rechten, Privilegien und Chancen mit sich bringt und damit die Nicht-Weißen in eine Position dauernder Unterlegenheit treibt. Sie verurteilt aus diesem Grunde diese Gesetzgebung als unvereinbar mit der Achtung vor der menschlichen Person, die eine christliche Gesellschaft kennzeichnen sollte“ (vgl. L. Cawood, *The Churches and Race Relations*, Johannesburg 1964, S. 61).

Die Methodistische Kirche Südafrikas äußerte in einer ersten Resolution von 1952: Die Politik der Apartheid stehe im Gegensatz zu den Grundsätzen des christlichen Glaubens. Eine Gesetzgebung, die den Menschen nach seiner Rasse einstuft, sei völlig falsch. Diese kategorische Feststellung wurde in einer zweiten Resolution im Jahre 1957 wiederholt (vgl. L. Cawood, a. a. O., S. 94). Konkreter und damit bestimmte Regierungsmaßnahmen betreffend, äußerte sich die Konferenz der Kongregationalistischen Union von Südafrika in einer Erklärung 1962: „Alle gesetzestreuen Bürger eines Landes haben das unveräußerliche Recht auf Bewegungsfreiheit, auf Vereinigung und auf die Wahl des Wohnorts innerhalb der Grenzen des betreffenden Landes (vgl. L. Cawood, a. a. O., S. 110). Auch die Presbyterianische Kirche hat 1962 in einem Bericht ihres Komitees „Kirche und Volk“ Vorbehalte gegenüber der Gesetzgebung der Regierung gemacht und die Christen zu Kontakt, Brüderlichkeit und Verständnis zwischen Weißen und Nicht-Weißen aufgefordert.

Die genannten vier Kirchen hatten sich auch dem Vermittlungsdokument der Johannesburger Konferenz vom Dezember 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 329 ff.), das das Ergebnis einer vorübergehenden Aussöhnung zwischen den beiden entgegengesetzten Standpunkten der kalvinistischen und der nicht-kalvinistischen Kirchen durch den Weltrat in Genf war, angeschlossen. In jenem Vermittlungsdokument wurden u. a. folgende Forderungen gestellt: Alle Rassengruppen, die ständig in Südafrika leben, sind als Teil der Gesamtbevölkerung zu betrachten. Alle Gruppen haben dasselbe Recht, zum Aufbau des Landes beizutragen und an der Verantwortung und den Pflichten, die sich daraus ergeben, teilzunehmen. Die Kirche ist als Leib Christi eine Einheit, die die natürliche Mannigfaltigkeit nicht aufhebt, sondern heiligt. Die Würde jedes erwachsenen Menschen schließe das Recht ein, Land zu besitzen und an der Regierung des Landes teilzunehmen. Die Apartheid-Politik könne aus diesem Grunde nicht gerechtfertigt werden. Es gebe keine prinzipiellen Einwände gegen eine direkte Vertretung der farbigen Bevölkerung im Parlament.

Die Stellung der katholischen Kirche

Die katholische Kirche Südafrikas, zu der 192 000 Weiße, 120 000 Mischlinge, 10 000 Asiaten und 763 000 Bantu (im ganzen 1 085 000 bei einer Gesamtbevölkerung von